

Rüstungskontrolle in der Krise?

Autor(en): **Hess, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **95 (2020)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-914261>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rüstungskontrolle in der Krise?

«Atomares Aufrüsten – Wettbewerb ohne Grenzen» war das Thema des 25. Colloquiums Sicherheitspolitik vom 28. Oktober 2019 in Zürich. Der Schweiz als neutrales Land kommt bei der internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung eine wichtige Rolle zu.

Andreas Hess

Botschafterin Pálvi Pulli, Chefin Sicherheitspolitik VBS stelle in ihrer Einführung zum Colloquium Sicherheitspolitik in Zürich, an welchem rund 100 Personen teilnahmen, eine Erosion der Pfeiler der Rüstungskontrolle fest. Derzeit herrsche eine ganz schlechte Konjunktur für Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Grund zur Sorge

Der einzige legitime Grund, Atomwaffen zu besitzen sei, den Einsatz derselben zu verhindern. Sie wies auf die bestehen Unsicherheiten bei der Verlängerung des START-Abkommen, auf die unklaren Absichten Nordkoreas und Irans mit ihren Atomprogrammen oder dem Aufflammen

von Spannungen zwischen den beiden Nuklearstaaten Indien und Pakistan hin. Es bestehe also Grund zur Sorge, sagte Pulli.

Neue Waffen

Sie wies auf die Entwicklung und Tests neuer Waffen und Systeme wie Hyper-schall-Waffen mit ihrem enormen Zerstörungspotential hin, welche aus ihrer Sicht noch ungenügend Beachtet werden und von der Rüstungskontrolle noch gar nicht erfasst sind. «Die Welt ist instabiler, es wird wieder aufgerüstet, das kostet, die Spirale dreht sich weiter», so Pulli weiter. Alles nur düster zu sehen, sei jedoch kein guter Ansatz, meinte sie weiter. Hier werde auch von Bedrohungspotentialen gespro-

chen. Für eine Bedrohung brauche es immer noch eine Absicht und den politischen Entscheid.

Vernichtungspotential

Mit dem Bau von Atomwaffen und deren massenweisen Anhäufung, global sollen derzeit mehr als 14000 Atomwaffen existieren, habe der Mensch sich die Möglichkeit gegeben, sich selbst als Gattung zu vernichten, sagte Dr. Oliver Thränert, Head of Think Thank CSS der ETH Zürich. Ziel der Rüstungskontrolle sei, genau dies zu verhindern. Die Rüstungskontrolle spielte während des Kalten Krieges eine wichtige Rolle. Sie verhinderte eine atomare Eskalation.

Gleichgewicht des Schreckens

Der bipolare, militärisch geprägte Ost-West-Konflikt bis 1989 stattete mit dem Bau von Atomwaffen beide Seiten mit einem noch nie dagewesenen Zerstörungspotential aus. Mit dem Aufbau überlebensfähiger, nuklearer Zweitschlagpotentiale wurde das «Gleichgewicht des Schreckens» aufgebaut. Dass diese Strategie aus den Fugen geraten könnte, wurde den Entscheidungsträgern in Ost und West bei der Kuba-Krise 1962 drastisch vor Augen geführt.

Als übergeordnetes Ziel der bisherigen Rüstungskontrolle ist die Verhinderung allumfassender Atomkriege sowie die strategische Stabilität zu sehen, so Thränert.

Abrüstungsverträge

1972 wurde mit dem ABM-Vertrag der Raketenabwehr strenge Grenzen gesetzt und Obergrenzen für strategische Kernwaffen vereinbart. Schwere Atomwaffen und Mehrfachsprengköpfe wurden verringert. 1987 wurden mit dem IMF-Vertrag landgestützte Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen verboten. Das START-Abkommen bot 1991 nach dem zerfall der Sowjetunion den Staaten Kasachstan Weissrussland und Ukraine die Möglichkeit, ihre Atomwaffen an Russland zu übergeben.

Krise der Rüstungskontrolle

Ab Ende der 90er-Jahre machte sich eine Dekonstruktion und eine Krise der Rüstungskontrolle bemerkbar. US-Präsident George W. Bush kündigte im Dezember 2001 den ABM-Vertrag, am 2. Februar



Bilder: Hess

Prof. Ph.D. James W. Davies, Direktor Institut für Politikwissenschaften und Professor für Politikwissenschaft Universität St. Gallen.



Botschafterin Pálvi Pulli, Chefin Sicherheitspolitik VBS.

2019 gaben die USA den Ausstieg aus dem INF-Vertrag mit Wirkung ab dem 2. August 2019 bekannt. «Heute befindet sich die Rüstungskontrolle in einer tiefen Krise bis hin zur Dekonstruktion», so Thränert weiter.

Rüstungskontrolle neu denken

Thränert ist der Ansicht, dass es aus drei Gründen notwendig sei, eine moderne Rüstungskontrolle als Politik der kleinen Schritte zu implementieren.

- Eine unkontrollierte nukleare Rüstungsdynamik könnte Atomkriege wahrscheinlicher machen;
- Ohne Rüstungskontrolle droht der Zerfall des nuklearen Nichtverbreitungsregimes und damit eine Welt mit immer mehr Atommächten.
- Eine auf nuklearer Abschreckung setzende Politik muss – zumindest in Demokratien – auf eine möglichst breite gesellschaftliche Basis abgestützt werden.

Damit Atomkriege auch künftig verhindern werden können gilt es, die Rüstungskontrolle neu zu denken. Grundvoraussetzung dafür ist, sich wieder auf ihren Kern zu besinnen: Die revolutionäre Einsicht, wonach die Sicherheit des Gegners im wohl verstandenen eigenen Interesse immer mitgedacht werden muss.

Gefahr steigt

Der Einsatz von nuklearen Waffen wird wieder geübt, die rhetorische «Nuklear-Spirale» dreht sich nach oben weiter, Atomwaffen verbreiten sich. James W. Davies, Direktor des Institutes für Politikwissenschaften und Professor für Politikwissenschaften an der Universität St. Gallen ist der Meinung, dass die Gefahr eines nuklearen Krieges zwischen einem kleinen nuklear bewaffneten Staat und einer Grossmacht wieder steigt.

Dies aus zwei, oft nicht beachteten Gründen: Technologische Entwicklungen machen «Counterforce-Einsätze» denkbar und das «nukleare Tabu» sei bei der Bevölkerung viel weniger ausgeprägt als vermutet.

Das «nukleare Tabu»

Die Eliten waren früher aus moralischen Bedenken heraus sehr vorsichtig mit dem Einsatz von Nuklearwaffen. Davies ver-

wies auf Forschungsergebnisse der Stanford University mit einem alarmierenden Resultat. 60% der Amerikaner würden einen Nuklearangriff auf den Iran mit 100 000 Zivilopfern einem Landangriff mit 20 000 toten US-Soldaten vorziehen. Die Zustimmung würde bei einer wesentlich höheren Opferzahl unter Zivilisten gleich hoch bleiben. Die Zustimmungsraten in Frankreich, Grossbritannien und Israel seien etwas gleich hoch.

Zur technologischen Entwicklung von Nuklearwaffen und damit verbunden auch deren steigenden Präzision meinte Davies, dass die verbesserte Präzision zu einem niedrigeren Detonationswert führt. Dies bedeutet beim Einsatz von Atomwaffen weniger Kollateralschäden und Zivilopfer.

Transparenz

Neue Transparenz sowie verbesserte Möglichkeiten der Überwachung ermöglichen heute eine raschere und auch präzisere Verortung von Atomwaffen. Ermöglicht wird dies unter anderem mit Hilfe einer Vielfalt von Aufklärungsplattformen, die Anwendung von Spektrometrie und Interferometrie, der Einsatz moderner Technologien oder rasche und laufende Auswertung von Daten.

Polarisierung

Nadine Olivieri Lozano, Leiterin Sicherheitspolitische Direktion des Eidgenössischen Departementes für auswärtige



Botschafterin Nadine Olivieri Lozano, Leiterin Abteilung Sicherheitspolitik Politische Direktion EDA.

Angelegenheiten EDA bestätigte die zunehmende Polarisierung der nuklearen Abrüstung. «Die Supermächte befinden sich auf einem Konfrontationskurs», sagte sie. Weiter hielt sie fest, dass das Vertrauen in die internationale Ordnung schwinde. Die wichtigsten Rüstungskontrollverträge zerfallen oder drohen zu scheitern.

Erstmals seit dem Kalten Krieg würde die Welt im Jahr 2021 wieder ohne Rüstungskontrollverträge da stehen. Zurecht könne die Frage gestellt werden, was ein Kleinstaat wie die Schweiz in diesen globalen und existentiellen Fragen beitragen kann.

Regelbasierte Ordnung schaffen

Als überlebenswichtigsten Schritt erachtet Olivieri Lozano dass eine regelbasierte internationale Ordnung aufrecht zu erhalten sei. Diese Ordnung soll nach Regeln und Recht bestehen, nicht auf der Macht des Stärkeren. Weiter gelte es, in der nuklearen Abrüstung neue Impulse zu setzen und kreative Lösungsansätze zu finden. Neben den Bemühungen im nuklearen Bereich müsse auch die Rüstungskontrolle bei den konventionellen Waffen verstärkt werden. Dabei müssen auch neue Entwicklungen und neue Technologien mit einbezogen werden.

Nuklearwaffen thematisieren

In der Podiumsdiskussion stellte Gesprächsleiter Sven Bradke die provokative These auf, dass es eigentlich gar keine nukleare Bedrohung gebe. Oliver Thränert meinte, dass es dringend erforderlich sei, die Frage der nuklearen Bedrohung wieder ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rufen. Er habe auch den Eindruck, dass die junge Generation Atomtechnologie gegenüber Cybertechnologie als veraltet betrachte. Auf die Frage, ob die Schweiz im Rahmen ihrer «guten Dienste» eine Abrüstungsinitiative lancieren könnte, meinte Olivieri Lozano, dass es dazu diplomatische Kanäle brauche. «Diese Kanäle sind aber im Moment geschlossen», sagte Olivieri Lozani. Die Schweiz bemühe sich sehr und biete ihre guten Dienste gerade auch in der Nordkorea- oder in der Iran-Frage an. Dies laufe aber alles sehr diskret ab. Auch Davies stellt fest, dass in der Frage der Rüstungskontrolle derzeit nicht mehr miteinander gesprochen werde. +